

Pulsnitzer Anzeiger

Dhormer Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dhorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage.
Bezugspreis: Bei Abholung 14 tägig 1.—RM., frei Haus 1.10 RM. einschl. 12 bez. 15 Pf.
Trägerlohn. Postbezug monatl. 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3—6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlässe bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 5 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stello: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für Anzeigen, Heimattell, Sport, Feuilleton, Kunst und Wissen Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — Geschäftsstelle: Nur Adolf-Hitler-Straße 2 — Fernruf nur 551

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Landrates zu Ramenz, der Bürgermeister zu Pulsnitz und Dhorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 159

Mittwoch, den 10. Juli 1940

92. Jahrgang

Nordische Schicksalsgemeinschaft

Reichsleiter Rosenberg sprach vor der in- und ausländischen Presse

Vor Vertretern der in- und ausländischen Presse sprach Reichsleiter Rosenberg über ein entscheidendes politisches Problem, das nach der Besetzung des nordischen Raumes von besonderer Bedeutung ist. Seine Ansprache wurde gleichzeitig von allen Reichsleitern übertragen.

Einleitend hob der Reichsleiter hervor, daß die nationalsozialistische Bewegung sich gleich nach der Machtübernahme mit dem nordischen Raum als völkspolitischen Begriff und raumpolitische Gegebenheit beschäftigt habe. In anderer Form, als wir alle dachten, ist die Frage der Schicksalsgemeinschaft aufs neue gestellt worden.

„Es mag verständlich sein“, so fuhr der Reichsleiter fort, „wenn eine kleine Nation sich von einer anderen ebenso groß nicht regieren lassen will.“

Dagegen sind wir der Überzeugung, daß sich eine kleine Nation nichts in ihrer Ehre vergibt, wenn sie sich unter den Schutz eines ganz großen Volkes und eines großen Reiches stellt.

Die Bedrohung Norwegens von der See, die die norwegische Regierung zwingt, ständig nach dem Willen Großbritanniens eine Politik einzurichten, ist geschwunden, der Weg in eine Zeit der Freiheit der Meere ist geöffnet. Das Schicksal hat es jetzt so gewollt, daß das Deutsche Reich den gesamten Raum, aus dem einst die germanischen Völker auswanderten, unter eine Hut genommen hat. Es versteht sich von selbst, gleich unter welcher Form der Schutz dieses einigten großgermanischen Raumes erfolgen wird, daß das Deutsche Reich auch niemals mehr darauf verzichten kann, sich vor Wiederholung eines ähnlichen Uebelalles zu schützen, wie ihn England im April 1940 über Norwegen gegenüber Deutschland verübte.

Es zeichnet sich hier also eine für alle germanischen Völker neue Lebensnotwendigkeit ab, nach außen hin eine gemeinsame politische und wirtschaftspolitische Front zu bilden, eine Front, die dem Interesse eines jeden gerecht zu werden vermag, weil die Erfüllung der Interessen einer jeden Nation auch eine Gesamtstützung des gesamteuropäischen Kontinents bedeutet — und umgekehrt.

Für das deutsche Volk aber erwächst — und das ist das Ergebnis gerade der noch immer mißverständlichen nationalsozialistischen Weltanschauung —, daß dieses Deutsche Reich auch die Pflicht übernimmt, die Kulturseele jener Völker zu achten, die sich schöpferisch in den Sprachen Skandinaviens, in den Schöpfungen seiner Künstler und in den Forschungen seiner Denker äußert.

Innerhalb eines großen militärpolitischen und raumgesellschaftlichen Schicksals ergibt sich eine lebendige Zusammenarbeit artverwandter Kulturen, zugleich vielseitig in dieser sich antün-

genden großen germanischen Einheit des Nordostseeraumes. Rosenberg erinnerte an einen Brief Ahlens, in dem es heißt: „Ich bin wie die meisten Nordgermanen Vangermanif. Ich betrachte die skandinavische Menschheit nur als ein Uebergangskadadium zu einem Zusammenschluß des ganzen großen germanischen Stammes. Wenn ich wüßte, daß wir schließlich stehenbleiben sollten in einem isolierten skandinavischen Verein, dann würde ich niemals mehr die Feder ins Tintenfaß tauchen, um diese Sache zu fördern.“

Wir alle wissen, daß große Gedanken nur im Kampfe, in geistigen Auseinandersetzungen liegen, und daß die Tat des Lebens nie ohne Schmerz sich verwirklicht. Keine große Idee der Weltgeschichte ist ohne derartige Opfer Leben geworden, und deshalb sehen wir auch die Schwierigkeiten, die aus den verschiedensten Uebelieferungen der Vergangenheit noch vor uns stehen, nicht als grundsätzliche Hindernisse an, sondern nur als Erziehungsprobleme, die noch zu lösen sind.

Einst herrschten die Dänen über die Ostsee, dann schufen norwegische Wikinger Staaten in der Normandie, in England und in Sizilien, dann griff Schweden unter Gustav Adolf und unter Karl XII. auf dem Kontinent über. Heute ist das Reich Adolf Hitlers wieder in die Mission des frühgermanischen Königs und Kaiserreiches eingetreten, nur in vertiefter, seiner Welt zutiefst bewußter Art.

Der Weltstreit der Kräfte in einem dramatischen Prozeß hat zu einer Lösung dessen geführt, was vor tausend Jahren begonnen und zum Teil mit einer anderen Blickrichtung verwirklicht erschien.

Lange haben germanische Völker miteinander um die Palme des Sieges getritten; der biologische Kräfteausgleich hat dann zu der Entstehung der skandinavischen Nationalstaaten geführt und nach einem großen Prozeß europäischer Umwälzungen zur Errichtung des Großdeutschen Reiches als Erfüllung eines weitaustragenden Traumes. Diese neue Einheit anzuerkennen, erfordert in Skandinavien große Charaktere und mutige Entschlüsse. Ueber alle Zwistigkeiten der Vergangenheit hinweg soll hier gemeinsam eine Schicksalskameradschaft proklamiert werden, für die wir in diesen Jahren stets gekämpft haben. Es vereinigen sich in diesem Gedanken machtpolitische Notwendigkeiten (durch die Blockade Englands erzwungen), kulturelle Verbundenheit und charakterliche Verwandtschaft als äußere Zeichen eines gesamten Artwillens.

Wir sind uns dieses Schicksalsweges bewußt und wir hoffen, daß alle germanischen Völker diese geschichtliche Stunde so wie wir begreifen und gemeinsam mit uns das kommende neue Europa erbauen helfen.“

Die Schuldigen

Französische Geständnisse. — Was sagt Amerika?

Die zunehmenden Befürchtungen, die man in England wegen der herannahenden Abrechnung hegt, finden ihren drastischen Ausdruck in allerlei neuen Maßnahmen, die angeblich dem Schutze der Insel dienen sollen, die aber in Wirklichkeit nur die wachsende Nervosität und Desorganisation der Engländer verraten. Nachdem man drüben lange über die deutschen Sicherungen gespottet hat, die wir schon beim Beginn des Krieges einführt, muß man jetzt in England notgedrungen vieles davon nachahmen. So hat man jetzt auch das Abhören fremder Sender verboten und unter Strafe gestellt. Ferner glaubt man, eine deutsche Besetzung englischen Bodens dadurch erschweren zu können, daß man alle Landkarten einschließlich der Reiseführer und der Schulatlanten beschlagnahmen will. Zugleich muß die Zivilbevölkerung mit Hacke und Spaten antreten, um Schützengräben zu ziehen. Kein Wunder, daß die Stimmung in England immer trübseliger wird und daß man dort schon dann neue Zuversicht gewinnt, wenn nur Churchill im Unterhause einen anderen Minister wie ein Schulkunz mit dem Ellenbogen in die Seite stößt, worüber die englische Presse wie über einen Staatsakt berichtet.

Die Schuld, die England alsbald wird begleichen müssen, ist riesengroß. Wir wußten von Anfang an, daß die eigentlichen Urheber des Krieges in London sitzen, und daß die Franzosen ursprünglich gesonnen waren, dem Kriege fern zu bleiben. Diese Feststellungen, die durch die Dokumente der deutschen Weißbücher längst unwiderlegbar getroffen sind, haben jetzt eine neue Bestätigung durch die Mitteilungen des früheren französischen Außenministers Bonnet erfahren, der bei einer Beratung in Vichy erklärt hat, am 1. September 1939 habe er im Namen der damaligen französischen Regierung dem Vermittlungsvorschlag Mussolinis zur Beilegung des deutsch-polnischen Konfliktes zugestimmt und in den Plan einer Konferenz eingewilligt. Dieser Plan sei aber dann von der englischen und der polnischen Regierung durchkreuzt worden. Damit ist die Rolle der englischen Kriegsheer erneut angeprangert, aber auch die geschichtliche Schuld Frankreichs, welches sich trotz seiner besseren Einsicht von den Engländern in den Krieg hineinziehen ließ, ist damit vor der Geschichte abermals erhärtet. Auch Raval hat berichtet, daß er während seiner Amtszeit bemüht gewesen sei, Frankreich aus der allzu engen Bindung an England allmählich herauszulösen, aber mit diesem Geständnis bestätigt er ebenso wie sein Amtsnachfolger Bonnet nur die Unfähigkeit und die fundamentalen Fehler, die die französischen Regierungen gemacht haben und durch die sie ihr Land in die Katastrophe stürzten.

Dieser Sachverhalt wird in der öffentlichen Meinung aller Länder immer deutlicher erkannt, und alle Welt wendet sich von den Kriegsheerern ab, deren Rolle alsbald ausgespielt sein wird. Auch die Hoffnungen, die die Engländer auf Amerika setzen, dürften sich schwerlich verwirklichen. Aus Washington liegen Erklärungen des Präsidenten Roosevelt und des Staatssekretärs Hull vor, aus denen zu entnehmen ist, daß die USA sich jetzt allmählich auf eine genauere Beobachtung der Monroe-Doktrin besinnen und die Politik der Nichtbeteiligung in europäische Angelegenheiten klarer als vorher zu vertreten wünschen. Die Monroe-Doktrin enthält außer der Forderung, daß fremde Staaten sich nicht in amerikanische Angelegenheiten einmischen sollen, auch die amerikanische Nichtbeteiligung in europäische Streitigkeiten. Wenn dieser Teil der Monroe-Lehre in Washington wirklich ernsthaft befolgt wird, müssen auch die Schuldigen in England erkennen, daß sie ihre Schuld allein begleichen müssen.

noch so sehr nach den Schuldigen suchen und von ihrer Regierung eine Klärung der politischen, zivilen und militärischen Verantwortlichkeiten „hinsichtlich der Entstehung und der Fortsetzung des Krieges“ fordern. Schuld an dieser Katastrophe ist ganz Frankreich, und von den Folgen dieser verantwortungslosen Politik kann es sich nicht befreien, wenn es jetzt auf einmal eine gewisse Vorliebe für die erfolgreichen Regierungsmethoden des Gegners empfindet. Die gleichen Leute, die heute ihr Herz für die autoritäre Regierungsform gefunden haben, waren gestern noch ihre schärfsten Gegner und die schlimmsten Feinde der Weichpolitik. Mit solchen Wandern kann man sich nicht von einem auf den andern Tag in die Neuordnung Europas einschalten. Ein Volk, dessen politische Führung erst den Weg der Verständigung geht, dann aber in der Stunde der

Zu spätes Geständnis Bonnets

Kriegsschuld Englands und Frankreichs offen zugegeben. Niedertürchtige Torpedierung der italienischen Friedensvermittlung

Wenn die Veröffentlichungen des deutschen Weißbuchs über die Kriegsschuld Englands und Frankreichs überhaupt einen Beweis für ihre absolute Nichtigkeit und unantastbare Aufrichtigkeit bedürften, so wird er jetzt eindeutig erbracht durch ein Geständnis des früheren französischen Außenministers George Bonnet.

Vor einer bedeutenden Gruppe französischer Abgeordneten in Vichy, die sich mit der Frage der Kriegsschuld beschäftigte, erklärte Bonnet die Ereignisse und diplomatischen Schritte, die der Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland am 3. September 1939 vorausgingen.

Bonnet gab seinen Kollegen bekannt, daß er am 1. September im Namen der französischen Regierung dem italienischen Vermittlungsvorschlag zur Beilegung des deutsch-polnischen Konfliktes zugestimmt habe, einen Weg, den bekanntlich auch Deutschland als gangbar akzeptierte. Am 2. September, als Polen mit Deutschland bereits im Kriege war, habe er seine Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens fortgesetzt. Er habe eingewilligt, daß in den folgenden Wochen eine Konferenz stattfinden. Diese Konferenz sei aber durch die polnische und britische Regierung unmöglich gemacht worden, indem sie ultimativ die ehrenrührige vorherige Räumung des von Deutschland bereits besetzten Gebietes verlangten.

Bonnet bestätigte damit eindeutig die Kriegsschuld Polens und Englands. Offen gibt er zu, daß es vor allem die Fehler in London waren, an deren Halsstarrigkeit diese letzte Möglichkeit einer friedlichen Lösung scheiterte.

Die Schuld und ihre Folgen

Die französischen Kriegsschuldgeständnisse sind in mehr als einer Hinsicht aufschlußreich. Sie zeigen das Bestreben gewisser Leute, sich von der Verantwortung für die Niederlage Frankreichs reinzuwaschen. So hat vor allem Georges Bonnet, der bei Kriegsausbruch Außenminister war und sein Amt später an den Ministerpräsidenten Daladier abtreten mußte, die Schuld von sich abzuwälzen versucht. Dieser Versuch ist jedoch als völlig mißglückt anzusehen. Wenn Bonnet auch zunächst dem italienischen Vermittlungsvorschlag in deutsch-polnischen Konflikt zugestimmt hat, so hat er sich schließlich doch zusammen mit seinen Ministerkollegen dem Befehl Londons gebeugt und den Krieg gegen Deutschland entfesselt. Bonnet hat dem Kriegseintritt Frankreichs zugestimmt, obwohl er selbst im Dezember 1938 die bekannte deutsch-französische Erklärung unterschrieb, daß Frankreich sich an der Entwicklung der Dinge in Osteuropa desinteressieren und sich den deutschen Ansprüchen nicht widersetzen werde. Ueber diese feierliche Versicherung hat sich Frankreich strupellos hinweggesetzt und damit eine gezielte Entwicklung der europäischen Politik sabotiert. Trotz Erkenntnis der Friedensmöglichkeiten hat sich Frankreich von England ins Schlepptau nehmen lassen und ist deshalb in gleichem Maße schuldig wie England, durch das es sich in den englischen Krieg hineinmanövriert ließ, denn auf das unverkündete Ultimatum Englands am 3. September 1939 folgte am gleichen Tage die französische Kriegserklärung. Frankreich hat also selbst seine Katastrophe verschuldet. An dieser Tatsache kann nichts ändern, mögen die französischen Abgeordneten heute